

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1,50**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4068 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergepaaltene Beizeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Diustag den 14. Mai 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Vertagung des Reichstags.

= Am Dienstag soll also der Reichstag und zwar bis zum 26. November vertagt werden. So hat's der Seniorenkongress, die Vertretung der Aeltesten aller Parteien des Reichstags, am Donnerstag in Uebereinstimmung mit der Regierung beschloffen. Die Reichstagsession ist also nicht geschlossen, sondern vertagt worden bis in den Winter hinein und für die Herren Abgeordneten besteht nun das Vergnügen, daß die Fahrkarten — die spärliche Entschädigung, die in Deutschland die Regierung den Volksvertretern für alle ihre Mühewaltung gewährt, den Sommer über gültig bleiben. Die Herren Abgeordneten können also den Sommer über, sofern ihnen die Sache Spaß macht, zwischen „ihrem Wohnsitz und Berlin“ auf Reichskosten erster Klasse fahren, und da die Herren von der Rechten meist mehrere Wohnsitze haben, wird mancher von ihnen, sofern ein Badeort an seiner Strecke liegt, auch auf Reichskosten eine Bade-reise machen können. Sonst aber sind die Volksvertreter wieder Privatleute, sie haben in den Reichsangelegenheiten „nix to seggen.“

Was kann wohl der Grund gewesen sein, so plötzlich wider Erwarten diese Vertagung des Reichstags eintreten zu lassen? Für die Parteien des Reichstags liegt dieser Grund klar zu Tage. Die Mehrheitsparteien werden nach Pfingsten schwerlich ihre Leute wieder nach Berlin bringen. Für den Landmann beginnt die hohe Zeit der Feldarbeit, der Fabrikant und Kapitalist sehnt sich ins Bad, gleich dem wohlhabenden Agrarier, der seinen „Nothstand“ zu vergeffen trachtet! So käme nach Pfingsten nicht bloß kein beschlußfähiges Haus mehr zusammen, sondern die Besetzung würde eine derart klägliche sein, daß sie die Beratungen zum Geplöte der Blätter machte. Deshalb wünschen die Mehrheitsparteien Schluß und — damit die bereits von den Kommissionen in Angriff genommenen Vorlagen nicht unter den Tisch fallen — Vertagung bis zum Winter. Und die Sozialdemokratie, als die Minorität, muß sich fügen.

Der Grund, aus welchem die Regierung der Vertagung zustimmt, scheint uns ebenfalls klar zu Tage zu liegen. Sie will den Reichstag für einige Zeit los sein denn sie befindet sich in einer völlig verworrenen Situation. Im Innern ist sie geschaffen worden durch das Ende der Kanalkampagne im preussischen Landtag. Die Kanakrebellien rebelliren weiter und die Regierung hat eine schwere Niederlage erlitten. Die einzig richtige Antwort: Auflösung des Landtags, hat sie nicht gegeben, weil sie sich mit den Junkern nicht völlig überwerfen will und weil sie sehr wohl weiß, daß in einem Wahlkampfe in den Domänen des Junkerthums die Junker stärker sind als die Regierung, daß der Landtag in Preußen eine wesentlich andere Besetzung nicht aufweisen, daß aber die preussische Regierung ohne Regierungspartei sein würde. Deshalb hat sie sich damit begnügt, die Ministerfessel zu säubern. Sie arbeitet nun mit neuen Männern, und da preussische Minister in Preußen-Deutschland eine weit über den Einzelstaat hinausragende Bedeutung haben, muß den Ministern auch im Reiche Schonzeit gegönnt werden.

Von dem neuen Minister des Innern Frhrn. v. Hammerstein wird jetzt aus dem Elshaj gemeldet, daß er ein Mann der eisernen Faust sei, so der richtige starke Mann, der die „Umschützer“ zerquetschere. Vielleicht gelüftet es ihn, bald Thaten zu zeigen und eine neue Vernichtung der Sozialdemokratie zu beginnen, bei der er sicher nicht mehr Glück haben wird als die, die vor ihm solchen Kampf mit uns schon aufgenommen haben. Herr v. Rheinbaben tritt als Finanzminister in einen neuen Wirkungskreis. Er, der nicht die unstrittig großen finanztechnischen Fähigkeiten Wilheims besitzt, sieht sich einer schlimmen Lage gegenüber. Der preussische Finanzminister spielt in Geldsachen auch die erste Rolle im Reiche und das Reichsschatzamt gilt nur als eine Filiale des preussischen Finanzministeriums. Wie es aber in nächster Zeit mit den Reichsfinanzen stehen wird, das wissen die Götter! Tiefge Mehrforderungen und verfallende Einnahmen. Die Reichstagskommission für das Schaumweingesez hatte Beschlüsse gefaßt, durch welche die aus diesem Gesez veranschlagten Einnahmen um etwa dreiviertel Millionen Mark vermindert würden. Darauf erklärte, wie schon von uns mitgetheilt, der Reichsschatzsekretär Frhr. von Thielmann in der Kommission, auch eine solche verhältnißmäßig unbedeutende Summe könne nicht entbehrt werden. Die Reichskasse brauche jeden Pfennig. Denn im nächsten Statsjahr werde sich ein Fehlbetrag von mindestens 70 bis 80 Millionen ergeben! So stehen jetzt schon die Dinge in Bezug auf die deutschen Reichsfinanzen. Der neue preussische Finanzier hat wirklich alle Ursache, sich die Lage der Dinge in Ruhe zu ansehen, ohne daß ihm unbecommene Reichstagsdebatten das Geschäft verderben.

Von den übrigen Ministern, namentlich dem Bobbieski und Möller gänzlich zu schweigen. Aber die Reichsregierung

steht auch nicht bloß hinsichtlich der Kanakrebellion der preussischen Junker sondern auch noch in den weit schwierigeren Zollfragen vor ungelösten Aufgaben. Der Zolltarif lag fertig im Reichsschatzamt, als die Protestagitation der deutschen organisirten Arbeiterklasse gleichzeitig mit den nachdrücklichen Einsprachen der ausländischen Diplomatie einsetzte, die ihren Ländern nicht ohne Weiteres das deutsche Absatzgebiet rauben lassen wollte, sondern mit Repressalien drohte. Das half. Die Reichsregierung hat vorläufig ihren Zolltarif liegen lassen und „neue Erhebungen“ veranlaßt. Sie kann den Agrariern die 7,50 und 9 Mk.-Zollsätze nicht bewilligen, sie fürchtet sich aber auch, „bloß“ 5 Mark zu bieten und so befindet sie sich in einer sehr schlimmen Lage. Je länger der Reichstag versammelt ist, desto eher kann es möglich sein, daß sie unbecommene Interpellationen ausgekehrt ist. Dem ist sie so entbunden.

Noch mehr aber als die innere Politik ist es die äußere, die sich ernst und schwierig gestaltet. Es scheint, daß wir einem ereignisreichen Sommer entgegen gehen. Auf ostasiatischem Boden wird die Situation nun, da „der Feind“ niedergeworfen ist, und es an die Theilung der Beute gehen soll, mit jedem Tage ernster, und „die Mächte“ jehnen jetzt selbst die Zeit herbei, da sie den letzten Soldaten wieder auf heimathlichen Boden haben werden. Es scheint aber klar, daß mit dem Tage der Zurückziehung der Truppen, dort die lang verhaltene Wuth der Volksmassen neuen und furchtbaren Ausdruck findet. Was soll dann werden? Wie will man alle diese Fragen regeln?

Wenn während solcher Ereignisse der Reichstag versammelt wäre, könnte es noch heftige Kämpfe zwischen ihm und der Regierung geben. Es ist daher begreiflich, daß die Reichsregierung Schluß wünscht. Erspart bleibt ihr darum der Kampf nicht, er wird nur aufgeschoben. Und die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die nächste Tagung, vom 26. November ab, die längste werden wird, die dieser Reichstag gehabt hat. Sie ist belastet mit der Niesenarbeit des Zolltarifs, der länger wie bis zum nächsten Winter nicht hinausgeschoben werden kann und die meiste Zeit in Anspruch nehmen wird. Die verfahrenere innere und äußere Lage aber, im Verein mit den finanziellen Schwierigkeiten, die sich der „Weltpolitik“ aufthürmen, wird dem Reichstage Aufgaben stellen, die seine ganze Kraft in Anspruch nehmen. Die Vertagung hilft darüber nicht hinweg.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 11. Mai 1901.

Der Reichstag hielt heute nur eine ganz kurze Sitzung ab; in wenig länger als einer Viertelstunde war die ganze Tagesordnung erledigt. Zur Berathung standen meist nur Formalien. Auch eine Vorlage von größerer Bedeutung, die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England auf weitere zwei Jahre, wurde sehr schnell erledigt. Die Führer der meisten Fraktionen gaben kurze, zustimmende Erklärungen ab, auch von den Agrariern wurde kein Widerspruch erhoben.

Die nächste Sitzung findet Montag statt. Auf der Tagesordnung stehen die dritten Lesungen kleinerer Vorlagen, die zweite Lesung des Branntweinsteuer-gesezes und die dritte Lesung der Anträge zum Gesez betreffend die Abänderung des Gesezes über die Gewerbegerichte.

94. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Kosjadowsky, Freiherr von Thielmann.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung des Antrages wegen Vertagung des Reichstags bis zum 26. November 1901.

Derselbe wird debattelos angenommen. Desgleichen in erster und zweiter Lesung ein Nachtragsgesetz 1901 (Aussichtssamt für Privatversicherung).

Ferner wird eine Novelle zum Gesez, betr. das Flaggenrecht der Kauffahrtschiffe, in erster und zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Nach debatteloser Erledigung einiger Rechnungssachen folgt die erste Berathung des Gesezes, betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reich. Dasselbe sieht die Verlängerung des Handelsprovisoriums bis zum 31. Dezember 1901 vor.

v. Lebedow (R.) erklärt, daß seine Freunde unter Zurückstellung ihrer Bedenken diesmal ohne Weiteres für die Verlängerung des Handelsprovisoriums stimmen werden.

Die Abgg. Dr. Bachem (Z.), Dr. Bachnick (Z.), v. Tiedemann (R.), Müller-Sagan (Z.) erklären ebenfalls für ihre Partei, der Vorlage zustimmen zu wollen.

Präs. Graf Ballestrem: Es liegt mir ein Antrag auf Schluß der Debatte vor. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag wird angenommen, ebenso die Vorlage in erster und alsdann debattelos in zweiter Lesung.

Schließlich stimmt das Haus in erster und zweiter Berathung der kaiserlichen Verordnung, betr. die Erhebung eines Zolles auf Blankholz und eines Zollzuschlages auf Kaffee und Kakao aus der Republik Haiti vom 17. April 1901, zu. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. 3. Lesung kleinerer Vorlagen. 2. Lesung des Branntweinsteuer-Gesezes. 3. Lesung der Anträge zum Gesez, betr. Gewerbegerichte. Schluß gegen 2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Vertagung des Reichstages bis zum 26. November ist nach Herrn Schweinburg's Korrespondenz erfolgt, damit der Zolltarif dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden kann. Bis dahin hätten die verbündeten Regierungen genügend Zeit, sich über den Tarif zu einigen. Mit dieser Auskunft werden wohl die Agrarier zufrieden sein. — Daß die Kanalkampagne dem preussischen Landtage bei seinem Wiederzusammentritt vorliegen werde, das ist mit gleicher Bestimmtheit noch nicht versichert worden. Die Herren Agrarier können sich also mit dem Zolltarif bequem einrichten. Haben sie ihre erhöhte Liebesgabe in Sicherheit gebracht, können sie den Kanal um so vergnügter ablehnen.

Die Reichstagsersatzwahl in Greifswald-Grimmen, nothwendig in Folge Ablebens des früheren Vertreters des Kreises, Graf Bismarck-Böhlen, wird am 21. Mai stattfinden. 1898 siegte der konservative Kandidat im ersten Wahlgange mit 8376 Stimmen. Daneben wurden 4210 freisinnige und 2501 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die drei Parteien werden sich auch jetzt wieder gegenüberstehen. Die Konservativen arbeiten in gewohnter Weise. Die Gastwirthe werden so eingeichüchert, daß sie ihre Säle für liberale und sozialdemokratische Versammlungen nicht hergeben. In konservativen Versammlungen wird weder Liberalen noch Sozialdemokraten das Wort gewährt. Auf das Gerüchten an den konservativen Kandidaten, den Landrath Grajea Behr, gleiche Stimmzetteln in Farbe und Form mit den anderen Parteien auszugeben, hat derselbe die komische Ausrede gemacht, er sei nicht der Wahlkommissar. Das liberale „Reichsblatt“ berichtet, daß in Dörfern zum Theil durch die Gemeindevorsteher Listen herumgeschickt werden, auf denen sich der Wähler durch Unterschrift verpflichten soll, den Landrath zu wählen. Man spekulirt darauf, daß es auf den Dörfern nicht Viele giebt, die ihre Unterschrift auf einer solchen Liste verweigern, besonders wenn sie vom Gemeindevorsteher oder gar vom Herrn Amtsvorsteher herumgeschickt wird, wenn es gilt, dem Landrath gegenüber, der ja die Liste zu sehen bekommt und mit dem schließlich Jeder einmal zu thun kriegen kann, eine gute Gesinnung zu betheiligen. Man rechnet darauf, daß auch Einer, der mit seinem Herzen nicht auf konservativ-agrarischer Seite steht, sich durch eine Unterschrift wie durch ein gegebenes Wort als gebunden erachtet und glaubt, nun auch am Wahltag für den Landrath stimmen zu müssen. — Das sind die bekannsten üblichen Kniffe, mit denen die Junker Osteliens ihre Wahlen überhaupt zu machen pflegen.

Schnapsjunkerfreiheit. Da es durch den plötzlichen Schluß der Reichstags-Session nicht mehr möglich ist, die Branntweinsteuervorlage zu Ende zu berathen, hatte der Seniorenkongress vorgeschlagen, nur ein sogenanntes Nothgesez zu machen, das die geltenden Bestimmungen für noch ein Jahr, also bis zum 1. Oktober 1902 in Kraft läßt, unter dem Vorbehalt, auf eine andere Regelung im nächsten Jahre zurückzukommen. Mit Ausnahme des Abg. v. Kardorff war man allseitig hiermit einverstanden. Entweder sollte ein Initiativantrag in dieser Beschränkung eingebracht werden, oder die Kommission, der die Branntweinsteuernovelle überwiesen ist, sollte einen derartigen Antrag an das Haus bringen. Nach den bisherigen Gepflogenheiten im deutschen Reichstage konnte die Sache nach diesen Abmachungen im Seniorenkongress für erledigt angesehen werden. Die Junker und Junkerengenossen haben aber, alten Strauchrittergewohnheiten verfallend, ein heimtückisches Attentat geplant. Die Mehrheit der Branntweinsteuer-Kommission hat nämlich noch am Freitag auf Betreiben der Konservativen und des Zentrums einen Gesetzentwurf formulirt, durch den die Brennsteuer um 50 Prozent erhöht würde, was ganz besonders für die Melassebrennereien, aber auch für gewisse Gruppen der mittleren Brennereien eine schwere Schädigung bedeutet. Außerdem wurde vom Abg. Semler (R.) beantragt, das Kontingent der Genossenschaftsbrennereien zu beschränken, indem er ausdrücklich darauf hinwies, daß sonst ungezählte kleine Brennereien jetzt entstehen würden, was zu verhindern er für seine Aufgabe halte. Von sozialdemokratischer Seite (Abg. Wurm) wurde ihm entgegnet, daß es ungekehrt im wohlverstandenen Interesse der Landwirtschaft liege, daß nicht einzelne große Brennereien, sondern zahlreiche kleine und mittlere Brennereien beständen. Ein Vermittlungsvorschlag, die Brennsteuer um 25 Prozent zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Die neuen Bestimmungen sollen zunächst für zwei Jahre,

Melbung aus Peking scheinen die meisten chinesischen Beamten eine von den Mächten garantierte vierprozentige, in 50 Jahren rückzahlbare Anleihe zu bekräftigen, während andere, darunter die chinesische Regierung, daß der Betrag ohne Anleihe in fünf Jahren vollständig gezahlt werden kann. Der chinesische Hof beriet über Mittel und Wege zur Aufbringung von weiteren zwanzig Millionen jährlich, jedoch haben die chinesischen Bevölkerungsmächtesten, möglichst eine Ermäßigung des geforderten Zinseszinses betragend zu erlangen. Die Zinseszins (Schuldenlast) ist nur zur Deckung der Kosten der verschiedenen Regierungen bis Ende Juni berechnet. In einer Versammlung der Gesandten wurde am Donnerstag Vormittag beschlossen, den Chinesen klar zu machen, daß der geforderte Betrag nicht ein bloßer Anspruch für Schadenersatz sei, sondern die Gesamtsumme der wirklich erwachsenen Kosten darstelle, darunter auch die von privater Seite erhobenen Entschädigungsansprüche.

Wie aus Peking berichtet wird, habe die Peking-Expedition eine kaiserliche Botenschaft empfangen, worin ihm mitgeteilt wird, daß die Entschädigung, welche den Großmächtigen gezahlt werden soll, durch die Zollentnahmen gedeckt werden muß. Die Peking-Expedition antwortete, daß die Zollentnahmen hierfür vollständig ungenügend seien. — Womit soll nun China die Kosten bezahlen? Die Mächte werden schließlich doch mit Landabtretungsbedingungen kommen müssen und sich darüber dann in die Haare gerathen. Indessen zahlen uns Ungemeine hinein die Steueranfänger daheim! Eine glorreiche Aussicht!

Eine Palastrevolution wird in China bekräftigt. Die „North China Daily News“ meldet, Privattelegramme aus zuverlässiger Quelle aus Singanfu besagen, eine reaktionäre Partei, an deren Spitze der Eunuch Lüsheng steht, und die von Lüsheng und Wangli unterstützt werde, fordern die hohen Hofbeamten heraus; es beständen Befürchtungen betreffend eine Palastrevolution; der Kaiser solle bereit sein, nicht einseitig abgesetzt werden zu Gunsten eines geeigneten Erben.

Der russische „Zwajsk“ veröffentlicht ein Telegramm des Generalz Volkow vom 30. April, worin er meldet, daß die ganze Truppenabteilung des Generalz Zerkow am 28. April nach Wladiwostok zurückgekehrt ist. In Singantian ließ der General eine aus drei Bataillonen bestehende Garnison zurück und stationierte in der Stadt Japana auf halbem Wege eine besondere Truppenabteilung. Die Verwundeten wurden ebenfalls nach Wladiwostok überführt.

Rüben und Nachbargebiete.

Montag, den 13. Mai.

Zu einem interessanten Konflikt zwischen Staatsanwalt und Verteidiger kam es am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer II. Ein früherer Straßenreiniger und Hilfsführer war vom Schöffengericht wegen Unterdüngung einer Eibe zu 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sowohl der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt, die Sonnabend zur Verhandlung stand. Hierbei kam es zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger Dr. Wittern und dem Staatsanwalt Dr. Vienen. Am Schlusse seines Plaidoyers beantragte nämlich Vesterer, beide Berufungen, also die des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft, zu verwerfen. Dr. Wittern stellte dieses fest und bat um Protokollirung dieses Antrages, sowie der Äußerung des Vertreters der Staatsanwaltschaft, letztere habe Berufung eingelegt, um dem Gericht die Möglichkeit einer höheren Bestrafung zu geben. Dieses Verhalten der Staatsanwaltschaft sei widersprechend und komme inhaltlich der Zurücknahme der Berufung gleich. Aus diesem Grunde könne das Gericht keine höhere Bestrafung des Angeklagten vornehmen. Die Staatsanwaltschaft lege regelmäßig Berufung ein, wenn der Angeklagte die Berufungsinstanz anrufe. Die hiesigen Rechtsanwälte hätten sich bereits mit diesem Verfahren beschäftigt und, um die nachträgliche Einlegung der Berufung seitens der Staatsanwaltschaft zu inhibiren, wenige Minuten vor Ablauf der Berufungsfrist die Berufungsschrift beim Gerichtsschreiber eingereicht. Trotzdem sei auch hier nachträglich seitens der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden. Das gebe zu denken. In längeren Ausführungen, die anscheinend dem Gerichtshof und dem Vertreter der Staatsanwaltschaft nicht sehr angenehm waren, legte sodann der Verteidiger dar, daß das von der Lübecker Staatsanwaltschaft beliebte Verfahren dem Sinne des Gesetzes widerspreche und auch der Stellung derselben gegenüber dem Gerichte keineswegs entspreche. In diesem Falle habe die Staatsanwaltschaft in erster Instanz eine Woche Gefängnis beantragt. Nach diesem Antrage sei auch erkannt worden. Trotzdem habe die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, um am Schlusse ihres Plaidoyers selbst die Verwerfung derselben zu beantragen, anstatt die Berufung zurückzunehmen. Der Staatsanwalt versuchte, diese Ausführungen zu entkräften mit dem Hinweis darauf, daß die Hauptverhandlung oft ein wesentlich anderes, den Angeklagten mehr belastendes Bild entrolle; deshalb sei die Staatsanwaltschaft verpflichtet, um das Recht zu wahren, und der zweiten Instanz Gelegenheit zu höherer Bestrafung zu geben, Berufung einzulegen. Der Verteidiger erwiderte hierauf, daß die Staatsanwaltschaft ihre Berufung nicht einzulegen hat auf Grund der in der zweiten Instanz zu Tage tretenden Momente, sondern lediglich auf Grund der Akten. Wenn der Angeklagte keine Berufung einlegt, würde in manchen Fällen auch die Staatsanwaltschaft solches nicht thun. Letztere danke ab zu Gunsten des Gerichts. Das ganze von ihm gerügte Verfahren widerspreche dem Sinne der Strafprozeßordnung. Das Oberlandesgericht vertritt auch seinen (des Verteidigers) Standpunkt in dieser Frage, wie Dr. Wittern anlässlich eines ähnlich liegenden Falles aus dem Erkenntnis des gen. Gerichts feststellen konnte. — Nach dieser interessanten Debatte wurde die Berufung verworfen. Die Ausführungen des Verteidigers gaben dem Gericht keine Veranlassung, sich über die Frage zu äußern. Wenn auf eine höhere Strafe, als die erstinstanzliche, erkannt worden wäre, würde das Gericht zu reger Frage Stellung genommen haben. Andererseits wies der Präsident darauf hin, daß in dem Schweigen des Gerichts keineswegs die Billigung der von der Staatsanwaltschaft beobachteten Haltung zum Ausdruck gebracht werden solle.

1. Die am Sonntag Abend stattgefundenen Schlachter-Versammlung erfreute sich wiederum eines zahlreichen Besuchs. Einige Neuaufnahmen in den Verband wurden vorgenommen. Alsdann wurde unter Leitung des Hamburger Vorsitzenden Mödler ein provisorischer Vorstand gewählt. Als Zahlstellen-Verwalter wurde der Wirth Franz Schulz, ein früherer Schlachter, bestellt. Auf

Vorschlag von Mödler = Hamburg beschloß die Versammlung nach längerer Aussprache, an das Gewerkschafts-Kartell heranzutreten und um Bestellung einer geeigneten Kraft aus den Reihen der organisierten Arbeiter zu bitten, welche den Vorstand in die Einrichtung und Verwaltung der Zahlstelle einweicht. Der anwesende Kartell-Vorsitzende versprach Hilfe durch Rath und That. — Nach einer Ansprache Mödler's an die anwesenden Kollegen, in der er ihnen besonders warm ans Herz legte, daß sie nunmehr nicht glauben sollten, durch Zahlung der Verbandsbeiträge ihre Schuldigkeit gethan zu haben, sondern daß sie überall sich vor Augen zu halten hätten, daß sie jetzt organisierte, selbstbewusste Arbeiter seien und ihr Thun und Lassen darnach einrichten sollten, wurde die Versammlung geschlossen. — Auffällig wurde es gefunden, daß aus den größeren Wurfabriken mit zahlreicher Arbeiterkundschaft sich bis jetzt noch kein Geselle in den Verband hat aufnehmen lassen. Es wurden über diese Thatsache in internem Kreise allerhand Muthmaßungen laut, die hoffentlich nicht zutreffen. Es erübrigt sich unseres Erachtens wohl, einem so gebildeten und eingeweihten Stande, wie es die Herren Schlachtermeister durch die Bank sind, klar zu machen, daß das in der Gewerbe-Ordnung festgelegte Koalitionsrecht nicht nur für Schlachtermeister, sondern auch für Schlachtergesellen gilt.

Das „Sparwuthem“ Thielen's hat leider abermals, wie wir bereits in vorletzter Nummer unter Gutin berichteten, ein junges Menschenleben gekostet. Bekanntlich wurde das zweijährige Söhnchen des Kottenarbeiters Eblorff vom D-Zuge Kiel-Gutin überfahren und getödtet. Wenn auch die Eisenbahnfälle bereits zur stehenden Rubrik der Tageszeitungen geworden sind, so veranlassen uns doch die eigenartigen Umstände, unter welchen sich dieser schreckliche Unglücksfall ereignete, der Sache etwas näher zu treten. Die Ehefrau des Eblorff berichtet, wie es ja leider unter der preussischen Staatsbahnverwaltung nur zu häufig vorkommt, den Dienst einer Schrankenwärterin. Am Donnerstag kurz vor 4 Uhr schloß sie die Schranken, da von Grensmühlen der D-Zug Kiel-Lübeck gemeldet war. Ein Geckrei in ihrer nahe gelegenen Wohnung veranlaßte sie, sich schnell dorthin zu wenden. In diesem Moment war ihr jüngster Knabe, der bis dahin bei ihr gespielt hatte, durch die Einfriedigung auf die Schiene getreten. Der in diesem Augenblicke heranbrausende Zug erfaßte das Kind, da es dem Lokomotivführer, trotzdem er das Kind und die Gefahr, in der es schwebte, bemerkt hatte, nicht möglich war, den Zug sofort zum Stehen zu bringen. Etwa 20 Meter wurde das Kind mitgeschleppt, bevor man es mit zertrümmertem Schädel hervorziehen konnte. — So ist das Kind ein weiteres Opfer der in der preussischen Eisenbahnverwaltung zu Gunsten des Militarismus und Marinismus herrschenden „Sparwuth“ geworden. Wäre einerseits die bedauerenswerthe Mutter, die nun noch 3 Kinder besitzt, nicht gezwungen gewesen, einen Theil ihrer schon ohnehin stark in Anspruch genommenen Arbeitskraft dem preussischen Eisenbahnnetz zu verkaufen, dann wäre der Unfall wohl nicht passiert. Aber der niedrige Verdienst ihres Mannes veranlaßte sie hierzu. Und wurde andererseits von der Eisenbahnverwaltung mit diesem „Sparwuthem“ gebrochen und allenthalben nur entsprechend entlohnter männliche Arbeiter angestellt werden, dann würde so mancher Eisenbahn-Unfallsfall verschwinden. Aber „waren, waren“ ist auch hier die Parole.

Zoologischer Garten. Nachdem, wie uns mitgeteilt wird, nunmehr die Befestigung des Gartens erfolgt und der Thierbestand ein weit reichhaltigerer als bei den früheren Besitzern ist, steht zu erwarten, daß das Publikum diesem Institut das größte Interesse entgegenbringt und durch zahlreichen Besuch, wie durch Anwendung von Geschenken dieses Unternehmens thätig unterstützt. Wird doch durch die dauernde Unterhaltung des Gartens dem Publikum Gelegenheit geboten, die Annehmlichkeiten eines derartigen Unternehmens zu genießen; insbesondere wird dieses Unternehmen den Schülern bei dem Anschauungsunterricht sehr zu statten kommen, da sich der jetzige Besitzer bereit erklärt hat, ihnen besondere Vergünstigungen einzuräumen. In nächster Zeit sollen noch weitere Thierendungen eintreffen.

Das Gewitter, welches am Sonnabend Nachmittag in unserer Gegend niederging, entzündete in Badendorf bei Jarpen ein Gehöft, welches vollständig eingezwickelt wurde. Näheres ist uns bisher noch nicht bekannt geworden.

Die für Barbier- und Friseurgeschäfte erlassene Verordnung, nach welcher die Geschäfte an Sonn- und Festtagen um 2 Uhr zu schließen sind, wird nach einer Bekanntmachung des Senatsausschusses für Gewerbe- und Versicherungsweisen dahin abgeändert, daß diese Bestimmung auf die Bedienung von Damenkundschaft keine Anwendung zu finden hat. — Es ist uns unverständlich, warum man, nachdem kaum 6 Wochen seit Erlaß jener Verordnung ins Land gegangen sind, eine derartige Durchlöcherung der Verordnung vornimmt.

Selbst gestickt. Unter dieser Stichmarke berichteten wir von einem Deserteur, der sich freiwillig der hiesigen Polizei stellte. Wie jetzt verlautet, versuchte er vorher in Ahrensburg zwei seiner Kinder zu erschießen, wurde jedoch durch die Polizei an diesem Vorhaben gehindert.

Aus der besten aller Welten. In einigen bürgerlichen Blättern macht gegenwärtig eine Notiz aus Lauenburg unter der Stichmarke „Tippelschick“ die Runde. Nach derselben traf am Mittwoch voriger Woche ein auf Krücken gehender Mann mit seiner Frau in Lauenburg ein, welche die Reise von Potsdam nach Kiel in Ermangelung von Geldmitteln zu Fuß zurücklegen wollten. Nachdem der Mann auf seine Bitte von der Lauenburger Polizeiverwaltung eine kleine Reiseunterstützung erhalten hatte, wurde die Reise fortgesetzt. Am Donnerstag Morgen wurde das Paar von der Gemeinde Schnakenbeck per Wagen nach Lauenburg zurückgebracht, weil alle Anzeichen darauf hindeuteten, daß die Niederkunft der Frau nahe bevorstehe, und die Gemeinde Schnakenbeck bei Lauenburg sich ihrer Unterstützungspflicht entledigen wollte. Das letztere Vorhaben glückte jedoch nicht; dem Gemeindevorsteher wurde vielmehr bedeutet, daß nach dem Geheiß der Ortsarmenvorstand Schnakenbeck zur vorläufigen Unterstützung verpflichtet sei. Da ein Rücktransport aber nicht mehr möglich war, so mußte vorläufig die Lauenburger Gemeinde für Unterbringung des Paares Sorge tragen. —

In kurzen, dünnen Worten registrierte die bürgerliche Presse diesen Thatsachenzustand; kein Wort des Mitleids hat sie für diese armen Opfer unserer „herrlichen“ Gesellschaftsordnung übrig; im Gegentheil, sie verhöhnt und verspottet diese armen, bedauernswürthen Menschen noch mit dem Wort: „Tippelschick“. Für uns sprechen diese wenigen Zeilen ganze Bände; entrollen sie uns doch ein Bild von dem Schicksal eines Proletariats, der, vielleicht im Dienste des Kapitals zum Krüppel geworden, heimatlos von Ort zu Ort wandert, um sich irgendwo ein schüßendes Obdach zu suchen. Seine Frau, jeden Augenblick ihrer schwersten Stunde entgegensehend, ist zum Mitwandern gezwungen, und hätte ihrem Kinde vielleicht in einer Scheune das Leben geben müssen, wenn nicht die Lauenburger Gemeinde ihr ein Plätzchen im Armenhause eingeräumt hätte. „So kommt das Volk zur Welt!“ Dafür leben wir aber auch in einer „göttlichen“ Weltordnung.

Neuer Rechtsanwält. Der bisherige Referendar Arnold Sach hat sich hier als Rechtsanwalt niedergelassen; gleichzeitig ist seine Beeidigung als Notar erfolgt.

Die Gewerkekammer bringt in Erinnerung, daß nach § 126 G.-D. sowohl im Handwerk als auch in der Industrie bei Annahme von Lehrlingen ein schriftlicher Lehrvertrag binnen vier Wochen vom Beginn der Lehre abzuschließen ist, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 20 Mark evtl. 3 Tagen Haft. Von jedem Abschluß und von jeder Aufhebung des Lehrvertrages ist der Gewerkekammer binnen eines Monats seitens des Lehrherrn Mittheilung zu machen.

Offenbarungseide sind im verfloffenen Monat April von 7 Personen geleistet worden.

Hausfassungen dürfen, wie das Polizei-Amt in Erinnerung bringt, ohne vorherige Genehmigung des Senats nicht veranfaßt werden. Die trotz dieses Verbots gesammelten Gelder werden zu Gunsten der Armenanstalt eingezogen; außerdem tritt Bestrafung ein.

Kleine amtliche Nachrichten. Der Aufseher am Werk- und Zuchtanwe zu St. Annen, S. W. Lohmann, ist vom Senat auf sein Amt zum 1. Juli 1901 in den Ruhestand versetzt worden. — In dem Konkursverfahren über das Vermögen des F. A. W. Schaar ist Schlußtermin auf den 25. Mai, 10 Uhr, angesetzt worden.

Groß-Schentenberg. Nachdem in letzter Zeit die geplante Protestversammlung gegen den Brodwucher zweimal polizeilich aufgelöst worden war, kam die zu gestern Nachmittag nach der großen Lohpoppel des Landmannes J. Karsten einberufene Versammlung glücklich zu Stande. In andertthalbstündiger Rede behandelte Genosse Barkels-Lübeck die agrarischen Bestrebungen und deren schädliche Folgen für das arbeitende Volk. Einstimmig wurde eine Protest-Resolution angenommen. Der lebhafteste Beifall, der den Ausführungen des Referenten folgte, bewies, wie sehr die Anwesenden mit dem Redner einverstanden waren. An der Diskussion betheiligte sich Genosse Müllers-Lübeck. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie erfolgte die Schluß der Versammlung, die trotz der für die Landarbeiter unglücklichen Zeit von ca. 100 Personen besucht war. Als Kuriosum sei noch bemerkt, daß auf Verlangen des Genesdarmen Schirme und Stöcke in der nachfolgenden Scheune abgegeben werden mußten. Trotz aller behördlichen Magnahmen ist nunmehr auch in diese rein ländliche Gegend Breche gelegt worden, und hierzu hat, wie wir dankend anerkennen wollen, auch die hiesige Genesdarmerei ihr gut Theil mit beigetragen. „Es leben unsere Freunde, die Feinde“.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Schweriner Bauunternehmer haben sich von ihren Kosjocker Kollegen eine Reihe Maurerlehrlinge verschrieben, die aber, gleichfalls angeleitet von dem „Geist der Rebellion“, nicht unter Nr. 18. — pro Woche arbeiten wollten. Um nun nicht als blamirte Europäer dazustehen, haben die Schweriner Unternehmer diese Forderung bewilligen müssen. — Der seit mehreren Wochen andauernde Streik der Lötter in der Schulfabrik Densfabrik in Neustrelitz ist nunmehr zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt worden. — Der Streik der Maurer und Bauarbeiter in Fehle ist beendet, ersterer erfolglos, letzterer mit einer kleinen Lohnerhöhung. — Die reisenden Hamburger Kupferindustrie erklärten sich neuerdings zu Verhandlungen bereit. — Die für den Wochenschluß befürchteten Arbeiterentlassungen auf den Werften haben nicht stattgefunden. Die Arbeitgeber scheinen zu beabsichtigen, die streikenden Kupferindustrie diese Woche zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern und erst wenn diese nicht erfolgt, schärfere Maßregeln zu ergreifen. — Der Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Harburger Gummifabrikanten umfaßt etwa 1300 bis 1400 Personen. Ein Streik in einem derartigen Umfange ist wohl in Harburg noch nicht dagewesen. Wie verlautet, beabsichtigt die Direktion, falls am Montag d. W. die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird, die Fabriken auf acht Wochen zu schließen. Hoffentlich lassen sich die Streikenden durch derartige Maßnahmen nicht einschüchtern. — Die Bauarbeiter in Niensstedten bei Hamburg haben ihren Streik nach 7-tägiger Dauer siegreich beendet. Ein guter Erfolg!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Am Freitag Abend soll im Biesower Wege bei Rostock ein Einwohner von einem Unbekannten überfallen, arg mißhandelt und seiner ganzen Baarschaft beraubt worden sein. — Ein schweres Gewitter überzog am Mittwoch die Umgegend von Kaltenkirchen. Leider hat dasselbe auch ein Menschenleben gekostet. In Hasenmoor schlug der Blitz in die Kathe des Arbeiters Bestmann, der bei dem Versuch, seine beiden Ziegen zu retten, in den Flammen umgekommen ist. Die Kathe wurde vollständig eingezwickelt. — Ein Torpedoboot, das als Tender des Kriegsschiffes „Pelikan“ benutzt wird, hatte am Mittwoch bei Boruholm nach amtlicher Meldung beim Einlaufen in Rönne eine leichte Kollision mit dem dänischen Dampfer „Vornholm“. Die Beschädigungen sind beiderseits geringfügig. Beide Fahrzeuge sind seefähig. — Zahlreiche in der werthig 20 Markstücke kurziren augenblicklich in Hamburg. Allem Anscheine nach hat man diese Geldstücke in eine Säure gelegt, um einen Theil des Metalls sich auflösen zu lassen und denselben dann durch Ausfischen aus der Säure zu gewinnen. — Dem Hofbesitzer Röpke in Rehlinabruß bei Altenbrück (Hannover) wurde durch umherstreifende Hunde eine ganze Schafherde.

über 40 Stück, vernichtet; der Schaden beläuft sich auf über 1000 Mark. — Beim Probieren der Tragfähigkeit der Tafelkisten eines Geschosses in Cuxhaven wurde ein Matrosenartillerist von dem abstürzenden Geschoss getroffen und schwer verletzt. Wie verlautet, soll das Unglück durch Abschneiden eines Hafens entstanden sein. Das nennt man „Krieg im Frieden“. — In der Lüneburger Heide gingen Sonnabend Nachmittag schwere Gewitter mit zahlreichen Blizschlägen und starkem Hagelschlag nieder. — In Bremen wurde am selben Tage ein Mordversuch gegen eine Mätterin verübt; letztere wurde durch zwei Revolvergeschosse schwer verletzt.

Kiel. Die Polizeidirektion theilte den hiesigen Zeitungen mit, daß den Polizeibeamten jede Mittheilung über amtliche Angelegenheiten an Zeitungen und deren Berichterstatter ausdrücklich untersagt sei. Sie will bei Uebertretung dieses Verbots nicht nur die Beamten, sondern auch die Redakteure und Berichterstatter zur Verantwortung ziehen. Anlaß hierzu giebt wohl eine kürzlich verbreitete Lokalnotiz, nach welcher eine amtliche Umfrage an Schulreuten und Wachtmeistern über ihre Wohnungsverhältnisse ergangen sein soll. Diese Kundfrage enthielt die Bemerkung, daß die Beamten über ihre Verhältnisse lebten, wenn ihre Wohnung bei einer Familie von wenigstens als 8 Köpfen mehr als 2 Stuben aufweise. — Den städtischen Protesten gegen die drohende Getreidezollerhöhung hat sich ohne Debatte mit 27 gegen 2 Stimmen die hiesige Stadtverordneten-Versammlung angeschlossen. Der Magistrat stimmte einstimmig der Absendung der Petition zu.

Musik und Fern.

Der Staubfall vom 19. und 21. März 1901.
Dr. W. Meindus, Hilfsarbeiter im königlichen meteorologischen Institut zu Berlin hat in der meteorologischen Monatschrift „Das Wetter“ über den Staubregen, der im März d. J. über große Theile von Europa niederging, eine wissenschaftliche Studie veröffentlicht. Er kommt darin zu folgendem Resultate: Die Herkunft des Staubes aus Nordafrika, die durch die meteorologischen Verhältnisse mehr als wahrscheinlich gemacht ist, wird bestätigt durch die mikroskopische Untersuchung der gesammelten Staubproben. Danach handelt es sich in der That um Wüstenstaub aus der Sahara. Die Masse besteht zum größten Theil aus feinstem Quarz

und Thontheilchen, dann aus kohlensaurem Kalk, während die gelblichliche Färbung durch geringe Mengen von Eisen- oder hervorgerufen wird. Die organischen Beimengungen sind zum größten Theil offenbar lokalen Ursprungs, denn Staubproben aus nahegelegenen Orten zeigen einen ganz verschiedenartigen Gehalt an solchen Substanzen. Beiläufig sei noch erwähnt, daß sich am 20. und 21. März dieselbe Erscheinung, obgleich in viel schwächerem Maße, in Italien wiederholt hat, und daß auch bei dieser Gelegenheit an einigen Stellen Ostdeutschlands Staubbiederschläge zur Beobachtung gekommen sind.

Die verkaufte Frau. Die Strafkammer in Rom hat neulich einen kassischen Prozeß beendet. Es hatte ein Leinwandhändler seine legitime Ehefrau, mit der er fünf Jahre zusammen glücklich gelebt hatte, an den Freund Fuhrmann für 40 Lire baar verkauft. Der Kaufvertrag war regelrecht auf einem Stempelbogen für 50 Cent. mit den nöthigen Unterschriften der Parteien und 5 Zeugen abgefaßt, der „Weintrunk“ vom Käufer bezahlt und das Kaufobjekt vom Käufer übernommen worden. Als der Verkäufer am Morgen des dritten Tages aus seinem langen Kusse erwachte und von den Nachbarn weiblich gehänselt wurde, bewaffnete er sich mit einem gewaltigen Prägel und überfiel den Freund, in dessen Haus die Ehegattin gezogen war. In der Gerichtsverhandlung gab der Präsident dem Käufer zu verstehen, daß die ihm verabreichte Tracht Prügel, demwegen er drei Wochen lang im Spital krank gelegen, eine wohlverdiente Strafe vorstellte, und daß die geleistete Kaufsumme von ihm gerichtlich nicht zurückgefordert werden könne; das leichthinnige Weib bekam zum Ergötzen der zahlreichen Zuschauerschaft die Worte zu hören, daß sie noch keine 40 Cent. geschweige 40 Lire werth sei, und der Verkäufer und Chemann erfuhr zu seinem nicht geringen Schrecken, daß er wegen ehrverletzender Vergehen zu 17 Monaten Zuchthaus verurtheilt worden sei.

Was die hungernden Inder essen, veranschaulicht mit bemerkenswerther Schönmüdigkeit gegen die Unzulänglichkeit der englischen Verwaltung ein kürzlich veröffentlichter Bericht des ärztlichen Oberbeamten der indischen Provinz Radschputana. Schon in einem Jahre mit verhältnismäßig guter Ernte nähren sich viele Eingeborene von Samen, jästigen Graswurzeln, grünen Blättern und jungen Trieben von Sträuchern und Bäumen. In Hungerjahren aber geht die erzwungene Genügsamkeit des indischen Volkes noch viel weiter, und man nimmt seine Zuflucht zu zer-

stosener Baumrinde und sogar, so unglaublich es klingen mag, zu einem aus Steinen bereiteten, freilich nicht allein gegessenen Mehl, das aber der Hungermahlzeit in beträchtlicher Menge zugesetzt wird, um den Magen ausgiebiger zu füllen und das Hungergefühl für längere Zeit zurückzudrängen. Die gestosene Rinde des Rheira-Baumes wird in der von jenem Arzte bereiften Gegend jetzt fast überall gegessen, indem sie im Verhältnis von 1 bis 20 v. H. dem Brotmehl zugesetzt wird. Der Magen der Eingeborenen ist gut genug oder hat sich doch hinreichend an so unnatürliche Nahrungsstoffe gewöhnt, um diesen merkwürdigen Zusatz zu vertragen, während er im Ueberfluß schädlich wirkt; in kleinen Mengen soll die Baumrinde sogar die Verdauung befördern und in gewissem Grade den Mangel an frischem Gemüse ersetzen, vorausgesetzt, daß sie sorgfältig zerstoßen ist. Noch viel wunderbarer ist aber die Ausnutzung einer weichen Gesteinsart, von den Eingeborenen Biliachata genannt, die an der Grenze der Landschaft Dschampur gefunden und ebenfalls von vielen Leuten der Nahrung zugesetzt wird. Der Stein ist leicht zerreiblich und kann so ohne viele Mühe in ein feines Pulver verwandelt werden. Er enthält einen öligen Stoff, der in der That einigen Nährwerth besitzt, und das Volk hat es herausgefunden, daß dieser Stein als feines Pulver und im Verhältnis von etwa 1/4 bis 1/2 des Mehls lange Zeit genossen werden kann, ohne die Verdauung zu stören. In größeren Mengen führt er allerdings bald zu üblen Folgen, zu Abzehrung, Darmkrankheiten, geschwellenen Füßen und anderen Neuperungen körperlichen Verfalls. Wenn ähnliche Untersuchungen wie die jenes Arztes häufiger in Indien angestellt und auch veröffentlicht werden würden, so würde man wahrscheinlich von den Ernährungsverhältnissen des indischen Volkes ein haarsträubendes Bild erhalten, und die in diesem Falle enthüllten Thatsachen beweisen schon mehr als zuviel.

Briefkasten.

H. Gr. Wir bedauern, aus Ihrem Eingekant nicht klug werden zu können.

Sternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 11. Mai.
Der Schweinehandel verlief gut. Ferkel wurden 1280 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — W. Verlanbschweine, schwere 52—53 Mk. leichte 53—54 Mk., Sauen 42—47 Mk. und Ferkel 50—53 Mk. pr 100 Pfd.

Johannes Russow, Tapeten und Borden, Mühlenbrücke.

Ein kranker Junge angekommen.
Friedrich Castorf und Frau.
geb. Boye.

Holzarbeiterverband

(Zahlfelle Lübeck.)

Nachruf.
Am 11. Mai verstarb unser Mitglied, der
Führer
Julius Dubbert.
Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag den 14.
d. M., Vorm. 10^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle aus statt.
Versammlung der Theilnehmer um 9^{1/2}
Uhr auf der Gerberge.
Die Lokalverwaltung.

Zu sofort ein Barterre-Logis
zu vermieten. Separater Eingang.
Stübenstraße 52

Schuhmachergesellen
nicht
Schuhwaaren-Reparatur-Veranst.
Marienkirchhof 5, Joh. Dettmann.

Ein Barbiergehilfe
zu sofort gesucht. 20 Mark Wochenlohn.
Anton Grewe, Barbier,
Hafenburger Allee 55.

Zu beziehen ein neues Sopha
Dornstraße 47, 2. Et.

4 feine Berger Hühnerlinge für 10
Mk. bei **H. Luckmann, Finkenb.**
Empfehle:
Kochl. gelbkoch. Magnum bonum
Preis 40 Pfg.
J. Wulf, Dornstraße 10.

Paßt
sich raschen und die Haare schneiden bei
Anton Grewe, Finkenb. Allee 55.
Kantzen 10 Pfg.
Dornstraße 30 Pfg.

Wer Geld sparen will!
geht nach: **Sadowastrasse 34.**
Herrenshien und Abgabe 2.00 Mk.
Damenshien und Abgabe 1.50 Mk.
Kinderhien und Abgabe je nach Größe.
Nur Handarbeit.

Miethe-Quittungs-Formulare
Friedr. Meyer & Co.

Zeige allen meinen Freunden und Gönnern von Lübeck an, daß ich die
Gastwirthschaft nebst **Fremdenverkehr**

des Herrn **Prüssmann**
„Zu den vier Jahreszeiten“, **Stavenstraße 33,**
käuflich übernommen habe.
Gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung zusichernd, zeichne
hochachtungsvoll
Joh. Eggers.

DROCKHAUS'
D LEXIKON
NEUE REVIDIRTE
JUBILÄUMS-AUSGABE
ERSTER BAND
ERSCHEINT
SOEBEN. M 12.

Auf Abzahlung
Ganze Möbelausstattungen
auch einzelne Mobilien
H. Prüssmann & Sohn
Lübeck, Marienstraße 23.

**Bürgerliches
Gesetzbuch.**

kleine Ausgabe 1 Mk.
Große Ausgabe mit Erläuterungen 4,20 Mk.
**Reclam's
Bibliothek**
in Taschenformat.
Kleine und große Ausgaben der beliebtesten Schriftsteller.
2 Bände 20 Pfg.
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Uhren reinigen 1,50,
Federn einsehen 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hafenstraße 32.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
Die Druckerei des Ldb. Volksboten.

H. Heilmann
Uhrmacher
70 Beckergrube 70.
Federn-Einsehen 1,00 Mk.
Uhren-Reinigen 1,50 Mk.

Carl Freitag
Heise Nachfl.
33 Fischergrube 33
empfiehlt sein
Schuhwaaren-Lager.
Reparaturen prompt und billig.

**Seltener
Gelegenheitskauf.**
Eine Partie
elegante Herren- und Knaben-
Anzüge, sowie ein großer Posten
einzelne Hosen, um damit zu räumen,
sind für die Hälfte des realen Wertes.
Marienstraße 38.

Holzarbeiter-Verband.

Versammlung
am Dienstag den 14. Mai
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, **Johannisstr. 50/52**
Tages-Ordnung:
1. Die Differenzen in der Birkenfabrik von
Hinge in Reinfeld.
2. Beschlußfassung über ein Sommerfest resp.
Ausflug.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Die Lokalverwaltung.

Verband der Zimmerer

Regelmäßige
Versammlung
am Mittwoch den 15. Mai
Abends 8^{1/2} Uhr
im Vereinshaus, **Johannisstraße 50/52.**
Der Vorstand.
NB. Wegen des Simmelfahrtstages findet die
Versammlung schon am Mittwoch statt.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Zahist. Lübeck.

**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag den 14. Mai
Abends 9 Uhr.
im Vereinshaus, **Johannisstraße 50/52.**
Tages-Ordnung:
Abrechnung vom 1. Quartal.
Kartellbericht.
Bericht von der 2. Generalversammlung in
Münsterberg.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Achtung! Liedertafel der Maler.
Spaziergang nach der **Zahnseife**
am Donnerstag den 16. d. (Simmelfahrtstag).
Abmarsch präc. 6^{1/2} Uhr Morgens
von der Burghörbrücke.
Alle Collegen sind freundlich eingeladen.
NB. Nächste Gesangsstunde Freitag den 17. d. M.,
1/29 Uhr.

Die Arbeiter und die Wohnungsfrage.

Dem jüngst, im Verlage von F. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erschienenen, sehr empfehlenswerthen Werte Dr. C. Hugos „Die deutsche Städteverwaltung“ entnehmen wir folgenden Abschnitt, der unsere Leser zum Kauf und eifrigen Studium des Werkes veranlassen mag:

Die Wohnungsnot ist eine direkte Folge des Mißverhältnisses zwischen der Lohnhöhe der arbeitenden Bevölkerung und den Mietpreisen. Die Höhe der Mietpreise ist bedingt durch den vor allem bei den kleinen Wohnungen rein in die Erscheinung tretenden monopolartigen Charakter der Waare Wohnung, der seine Ursache in dem Substrat (Grundlage) der Wohnung, dem Grund und Boden, hat. Die monopolisierende Grundspekulation, unterstützt durch eine ihre Tendenzen fördernde, das große Mietshaus als Normalhaus betrachtende Bauordnung, hat die Bodenpreise zu einer derartigen Höhe getrieben, daß der Bau und Betrieb von Arbeiterwohnungen zumal bei den stets wachsenden Anforderungen der öffentlichen Hygiene für die private Unternehmung nicht mehr lohnend ist, ihre den jede Anwendung des Privatkapitals bedingenden, ausreichenden Profit nicht mehr verspricht. Die Mittel, durch die man die private Unternehmung wieder zum Bau von Arbeiterwohnungen heranzuziehen hofft, laufen entweder auf direkte Subventionierung derselben auf Gemeindefosten hinaus oder sind untauglich. Andererseits haben gemeinnützige Unternehmungen mit beschränktem Dividendenbezug und Arbeiterbauvereine gezeigt, daß es ihnen sehr wohl möglich ist, Arbeiterwohnungen von genügender Billigkeit herzustellen. Ihnen fehlt aber das nötige Kapital, ihre Tätigkeit hat daher nur ganz geringe Kreise der bedürftigen Bevölkerung erfassen können. Außerdem fehlt es den Arbeiterbauvereinen und -Genossenschaften leicht an der notwendigen Hilfe der technischen Sachverständigen.

Es ist ferner charakteristisch, aber ganz in dem lokalen Wesen der Arbeiterwohnungsfrage begründet, daß sowohl die Verteidiger der privaten Unternehmung als auch die Anhänger der Genossenschaften und die sonstigen Wohnungsreformer sich an die Gemeinde um Unterstützung für die Verwirklichung ihrer Pläne und Zwecke wenden. Mag es sich um den Erlaß von Straßenbaukosten, um die Planlegung von neuem Baugelände, um den Erlaß einer Bauordnung handeln, es ist immer die Gemeinde, deren Tätigkeit man in Bewegung zu setzen sucht. Diese Thatsache beweist mit entscheidendem Nachdruck, daß die Interessen der Gemeinde als der lokalen Organisation auf's engste mit dem eigentlichen lokalen Problem der Hausung der arbeitenden Klassen zunächst, dann aller Bewohner überhaupt verbunden sind, und nicht minder, daß sie allein die Nachmittel besitzt oder mit den Nachmitteln ausgestattet werden kann, die einen Fortschritt zur Lösung der gewaltigen Aufgabe verbürgen. Die Gemeinde als öffentliche Korporation kann und muß auf den Unternehmergewinn verzichten, ohne den die private Unternehmung nicht zu existieren vermag. Sie kann auf die Ausnützung der stets wachsenden Grundrente verzichten oder, wenn sie dieselbe für sich in Anspruch nimmt, durch eine schmerzlose Dislokation der betroffenen Bewohner alle die Schwierigkeiten vermeiden, mit denen die private Ausbeutung der Grundrente unabänderlich verknüpft ist. Ihre finanziellen Kräfte reichen so weit als die Größe der jeweiligen Aufgabe. Sie besitzt die technischen Kräfte, die für den Entwurf und die Ausführung der Häuser notwendig sind. Sie ist die Herrin über die Straßenanlagen und sollte es — in einigen Städten ist sie es auch — über das Straßenbahngesetz sein. Sie allein ist im Stande, sich über die Größe der Aufgabe, das heißt über die Zahl der erforderlichen Wohnungen, die eingehendste Kenntnis zu verschaffen und durch ihre ganze Verwaltungstätigkeit befähigt, die Richtung der gesamten Gemeindeentwicklung zu erkennen und in gewissen Grenzen bestimmen.

Diesen Thatsachen gegenüber fallen die Einwände, welche

von den Gegnern der Gemeindebauhätigkeit gemacht werden, als nichtig zu Boden. Man überblicke diese Gegenstände, wie sie zum Beispiel in dem verdientvollen Gutachten des Rechtsrats Beschlüssen über die Wohnungsfrage, Seite 47 bis 49, zusammengestellt sind, und man wird über die Geringfügigkeit derselben erkaunt sein. Das Grundmotiv ist die Furcht vor dem Kommunismus. „Direktes Eingreifen der Gemeinde durch unmittelbare Gewährung von Quartier an die Ortsbewohner kann natürlich nur von solchen begehrt werden, welche einer kommunistischen Staatsanschauung hulbig“, schrieb der Vergamtsdirektor Dr. jur. Leuthold bereits im XXX. Bande der Schriften des „Vereins für Sozialpolitik“ und sprach damit die geheimen Gedanken aller der Leute aus, welche von der und durch die Ausbeutung der Gesellschaft leben. Es ist der uralte, veraltete Einwand, den man gegen jede Tätigkeit der Gemeinde erhoben hat, die über die Nachwächterauffassung ihres Tätigkeitsbereiches hinausging. Die Gemeinden liefern Wasser, Gas, elektrisches Licht usw., warum sollten sie nicht auch Wohnungen produzieren? Ist die Wohnung mehr Waare als Wasser und Gas und elektrisches Licht und dadurch in höherem Grade für die private Produktion prädestiniert? Ist die Wohnung eine Waare, wie ein Stiefel, den ich mir in Dutzenden von Läden in gleicher Güte kaufen kann? Wird nicht vielmehr gerade die Wohnung durch den tiefgehenden Einfluß, den sie auf die Sittlichkeit und Gesundheit des Volkes, auf seinen ganzen Charakter ausübt, aus der ganzen ungeheuren Waarensammlung des modernen Marktes herausgehoben und dadurch in eine Sonderstellung gerückt? Aber nur Kommunisten könnten von der Gemeinde direkten Wohnungsbau fordern, sagt Herr Leuthold, und da natürlich kein guter Bürger Kommunist sein will, so kann er nur in der privaten Unternehmung das Wohnungsheil suchen.

Eine Folge dieser Furcht vor dem Kommunismus ist die Furcht vor einer Beeinträchtigung der Privatbauunternehmer und des Standes der Hausbesitzer, „zwei der steuerlich höchst veranlagten Klassen der Bevölkerung.“ Steuerlich höchst veranlagt mögen diese Klassen sein; ob sie aber diese Steuern tragen, ist eine andere Frage. Wir haben vielmehr gesehen, daß die Grund- und Gebäudesteuer, die Kanalisationsabgaben usw. usw. Realsteuern sind, die durchaus nicht vom Besitzer des besteuerten Objektes, sondern von den Benutzern desselben, das heißt den Mietern, getragen werden. Die Rolle der Hausbesitzer ist in dieser Hinsicht nur die eines Steuerkollektors und -Erfolgers. Dadurch wird er aber noch nicht zum Steuerzahler. Und was die Beeinträchtigung der Privatbaupekulation angeht, so verdient dieselbe nicht die geringste Rücksicht. Sie hat sich in der Vergangenheit als leistungsfähig erwiesen, glaubt man vielleicht, sie wird leistungsfähiger wenn man sie in ihrer Leistungsunfähigkeit ruhig weiter wursteln läßt?

Mit der Furcht vor dem Kommunismus verbindet sich die Furcht der städtischen Verwaltungen vor den großen, ungebührlich unübersehbaren, über ihre Kraft hinausgehenden Aufgaben, die ihnen der Bau und Betrieb von Arbeiterhäusern stellen würde. Sie fürchten den Betrieb vielleicht noch mehr als den Bau. Und das muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die Verwaltung zahlreicher Häuser nicht ohne Schwierigkeiten ist, ganz besonders, da es sich vor allem um Arbeiterwohnungen handelt. „Die Festsetzung und der Einzug der Mietzinse, die Aufrechterhaltung der Hausordnung und die Zurückweisung unberechtigter Ansprüche der Mieter hüten der Gemeinde unendlich mehr Schwierigkeiten, als jedem anderen Hausbesitzer oder jeder Korporation.“ Am wenigsten wohl die Festsetzung der Mietzinse. Dieselben können doch sehr einfach so berechnet werden, daß sie die Selbstkosten decken. Denn nur auf einer Basis, welche jede besondere Belastung des Steuerzahlers ausschließt, kann das Arbeiterwohnungsproblem seine gedeihliche Förderung

Oberbürgermeister Besl., Die Wohnungsfrage, S. 135.

** Besl. I c. S. 135.

finden. Und was die übrigen Schwierigkeiten angeht, so können die städtischen Verwaltungen sich auf eine sehr einfache und in jeder Weise vorteilhafte Art von derselben befreien, indem sie den Betrieb der Häuser auf Miethgenossenschaften übertragen. Damit wären alle Vorteile genossenschaftlicher Verwaltung den im städtischen Eigentum verbleibenden Häusern gesichert.

Eine Miethgenossenschaft, deren Zweck also die Vermietung von Wohnungen an die Genossen wäre, würde an die Stadtverwaltung mit der Forderung herantreten, für sie die erforderliche Zahl von Häusern fertigzustellen, wogegen sie sich verpflichtete, die Häuser zu mieten. Bei dem Bau der Häuser könnten die Bedürfnisse der Genossenschaft soweit als möglich befriedigt werden. Grund und Häuser bleiben Eigentum der Gemeinde und werden von ihr an die Genossenschaft zur Verwaltung übertragen. Das Betriebskapital der Miethgenossenschaft würde durch Einzahlung der Genossenschaftler zusammengebracht und zum Teil als Kaution an die Gemeinde abgeführt. Der Mietzins würde in einer Pauschalsumme von der Stadt in Raten erhoben und würde zu decken haben die Zinsen des für den Bauplatz, das Gebäude selbst, die Straßenanlage usw. aufgewandten Kapitals, die Steuern und Versicherungsgebühren und die Amortisationsquote; dagegen nicht die Beträge für Reparatur, Verwaltung und Miethausfälle. Für diese Beträge hätte die Miethgenossenschaft aufzukommen. Die einzelnen Wohnungszinse würden von der Stadt und der Miethgenossenschaft derart festgesetzt, daß sie den an die Stadt zu zahlenden Zins und die nach landesüblichen Sätzen bestimmten Reparatur- und Verwaltungskosten, sowie die Miethausfälle decken. Was nun von der Miethgenossenschaft an dem zweiten Posten im Laufe des Jahres erpart wird, kommt den Mietern direkt als Dividende zu gute oder kann von ihnen in gemeinnütziger Weise verwendet werden. Jeder Miethgenosse ist also persönlich an einer billigen Verwaltung der Häuser, an einer schonamen Benutzung derselben und an der rechtzeitigen Zahlung der Wohnungszinse interessiert. Gegen eine Verwahrlosung der Wohnungen seitens der Miethgenossenschaften sind die Gemeinden durch die Kaution geschützt. Diese von uns vorgeschlagene Teilung der Arbeit zwischen Gemeinden und Miethgenossenschaften würde es den ersteren ermöglichen, auf den Bau der Wohnungen auch die sonst für die Verwaltung erforderlichen Kräfte und Mittel zu verwenden.

Ein weiterer sozialpolitisch nicht zu unterschätzender Vorteil wäre, daß die Stadt bezw. Gemeinde nicht als direkte Vermieterin gegenüber den einzelnen Miethgenossen auftritt und dadurch eine Beeinflussung derselben seitens der städtischen Verwaltung in gemeindepolitischen Angelegenheiten oder, wie z. B. bei den städtischen Arbeitern, auch in Sachen des Arbeitsvertrags unmöglich wird. Bei dem außerordentlich geringen Verständnis für Sozialpolitik, wie es in sehr vielen, man darf sagen den meisten Gemeinden vorhanden ist, würde die von uns vorgeschlagene Trennung der Arbeitgeber- und Miethherrnverhältnisse der Gemeinde für die städtischen Arbeiter eine Erhöhung ihrer persönlichen Freiheit bedeuten.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Eine Zimmererversammlung in Halle faßte den Beschluß, daß die Zimmerer an allen denjenigen Bauten, an denen Maurer als Streikbrecher arbeiten, und auf allen denjenigen Arbeitsstellen, auf welchen Zimmerarbeiten für solche Bauten verrichtet werden, die Arbeit sofort niederzulegen haben. Es handelt sich hierbei um eine Sympathieunterstützung zu Gunsten der streikenden Maurer. — Der Malerstreik in Hannover verläuft günstig. Zweihundert Gehilfen arbeiten zu den neuen Bedingungen, ungefähr die gleiche Zahl befindet sich noch im Auslande. — Die Metallearbeiter werden gebeten, nach den Altrights-Fabrikanten Fabriken in Köln den Zugang fernzuhalten. In der Fabrik

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

31. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Erblappend, mit einem leisen Schrei taumelte Victorine zurück. Werner hörte es nicht mehr, er hatte bereits die Zelle verlassen, die beiden Anderen folgten ihm. „Ich habe es auf Ihren Wunsch so kurz gemacht“, begann er auf dem Korridor, zu Sendlingen gewandt. „Auch hat ja der einzige Blick genügt! Sagen Sie selbst, Herr Oberpräsident, sieht so eine Kranke aus?“

„Darüber müssen Sie den Arzt hören!“ antwortete Dernegg.

„Es wird überflüssig sein“, sagte Sendlingen und seine Stimme zitterte kaum. „Das Todesurteil ist bestätigt; sie muß dieser Tage ohnehin hingerichtet werden. Spätestens am 25. Februar, da das Urteil bereits am 17. hierher gelangt ist. Ich kann nur Ihre Ansicht theilen“, fuhr er, zu Werner gewandt, fort, „die Verurteilte scheint wirklich gesund genug, ins allgemeine Gefängnis gebracht zu werden. Aber wozu? Wir haben ja keine schwarze Zelle“, in welcher die Verurteilten den Tag vor ihrer Hinrichtung verbringen, und benutzen stets eine dieser Krankenzellen zu diesem Zwecke.“

„Sie haben Recht, wie immer“, bestätigte Werner eifrig. „Sie soll die zwei Tage noch in dieser Zelle verbleiben; es ist ohnehin das Praktischste. Am 23. werde ich ihr das Urteil verkündigen und am 24. kann die Exekution stattfinden!“

Sendlingen athmete tief auf. „Mit den Gefängnissen sind wir nun fertig“, sagte er, „und wollen wieder ins Bureau. Die Herren gestatten, daß ich Ihnen den nächsten Weg zeige.“

Er winkte dem Kerkermeister, ihnen zu folgen. Die Krankenzellen lagen an einem kurzen Korridor, der auf den

Hof des Gefängnisses mündete. Der Kerkermeister öffnete die Thür, sie traten auf den Hof. „Ich besitze einen Schlüssel zu dieser Thür“, sagte Sendlingen zu Werner, „sowie auch zu dieser Pforte hier.“ Er wies auf das Thürchen in der Mauer, welche den Hof des Gefängnisses von jenem des Vordertraktes schied. „Ich werde Ihnen diese beiden Schlüssel später in meinem Bureau übergeben. Mein Vorgänger im Amte hat sie anfertigen lassen, um sich zu überzeugen, ob die Beamten des Gefängnisses stets ihre Pflicht thun. Doch vergaß er, mich hierüber zu instruieren, und so verrosteten diese Schlüssel unbenutzt in meinem Aktensich. Ich erfuhr es erst zufällig vor wenigen Monaten.“

„Eigentlich ist dieser Zugang nicht unbedenklich“, bemerkte Dernegg. „Ein Fluchtversuch würde nach dieser Seite hin auf die geringsten Schwierigkeiten stoßen. Wer einmal im Krankenkorridor ist, braucht bloß zwei schwache Thüren zu durchbrechen, jene in den Hof und diese in der Mauer hier, und gelangt dann durch den Haupteingang, der zu den Bureaus und der Privatwohnung des Präsidenten führt, ungehindert ins Freie.“

„Was Ihnen nicht einfällt!“ lachte Werner. „Vor Allem: wie gelangt so ein Kerl aus dem Saale, wo er sitzt oder aus der Einzel-Zelle in den Korridor der weiblichen Kranken? Da müßte er vorher schon zwei oder drei Thüren erklimmen! Und steht er endlich im Hofe, so entdeckt er das Thürchen vielleicht kaum, es ist ja so versteckt, und wenn er es etwa tastend in der Dunkelheit entdeckt, so weiß er ja noch gar nicht, wohin es führt, und ob nicht draußen ein Posten mit geladenem Gewehre seiner harret!“

„Nein, nein, ich finde diese Einrichtung sehr sinnreich, sehr sinnreich, meine Herren, und gedenke oft Gebrauch von ihr zu machen.“

Sendlingen nahm an diesem Gespräch nicht Theil; er war überhaupt sehr wortkarg geworden, blieb es auch, als sie im Bureau die Arbeit fortsetzten. Aber schon war die

Dämmerung längst heringebrochen, die Illumination der Stadt hatte begonnen, auch in dem Zimmer, wo die Herren arbeiteten, brannten bereits die Kerzen in den Fenstern, als endlich allen Formen genügt war. Zum Schluß übergab Sendlingen seinem Nachfolger noch jene Schlüssel, von denen er ihm gesprochen.

Draußen harrte der alte Franz mit dem Hotelwagen. Es war ein häßlicher Abend: ein eisiger Wind trieb die Schneeflocken vor sich her. Gleichwohl wollte der Präsident den Weg zu Fuß machen. „Mir brennt die Stirne“, klagte er. Aber der Diener meinte: „Es ist wegen der vielen Leute auf den Straßen. Wenn man erkannt wird, so wird man schwer durchkommen und sich vor Hochrufen nicht zu retten wissen.“

Und darauf stieg Sendlingen ein. Die Vorsicht erwies sich als begründet. Trotz des stürmischen Wetters waren alle Straßen dicht gefüllt von einer Menge, die langsam hin und her fluthete und das ungewohnte Schauspiel der Illumination bestaunte. Der Wagen konnte nur im Schritt fahren: Sendlingen drückte sich tiefer in die Kissen, um nicht erkannt zu werden.

„Die guten Menschen!“ sagte der Alte, der ihm gegenüber saß. „Ich habe immer gewünscht, wenn ich diene, aber wie man in dieser Stadt geliebt und verehrt wird, ist doch erst heute Abend zu sehen. Aber man sieht sich nicht einmal die Beleuchtung an, sie ist sehr schön!“

„Und wem gilt sie!“ rief Sendlingen und schlug die Hände vor's Antlitz. . . .

Der Wagen, der zuletzt immer langsamer gefahren, mußte nun halten; er war an den Eingang der Kreuzgasse gelangt, welche seit dem Morgen die Aufschrift: „Sendlingen-Gasse“ trug. Die Bewohner dieser Gasse hatten, um sich solcher Ehre würdig zu erweisen, am reichsten illuminiert, und da hier auch das Hotel S. lag, so hatte sich die Menge an dieser Stelle so dicht gestaut, daß an ein Durchkommen nicht zu denken war. Sendlingen mußte den Wagen ver-

sind fortgesetzt Vohredaktionen und Maßregelungen vorgekommen, so daß es zu ernstlichen Differenzen kommen kann. — Die Maurer in Französisch-Buchholz befinden sich um die Erreichung eines Stundenlohnes von 55 Pfg. und zehnstündiger Arbeitszeit im Ausstand. — Sämtlichen Arbeitern der Zigarrenfabrik von Wardenverpel und Jilling (Inhaber Georg Deter-Breslau) in Ohlau wurde gekündigt, weil sie sich keine Lohnabzüge gefallen lassen wollten.

Noch nicht dagewesen. Der Streit der Steinmehlen bei der Firma Mehlhorn in Zwickau ist zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Herr Mehlhorn hat nicht nur die 15 pCt. Zuschlag, die im Tarif bereits vorgeschrieben sind, bewilligt, er hat auch der Streikleitung (drei Personen) eine Extragrattifikation von je 5 Mk. gewährt! Eine derartige Streikbelohnung ist jedenfalls eine Neuheit, über das sich unsere Scharfmacher daß verwundern werden.

Das Gewerkschaftskartell in München beschloß die Anstellung eines mit den Münchener Verhältnissen vertrauten besoldeten Sekretärs, der die geschäftlichen Arbeiten zu besorgen und das Kartell nach außen zu vertreten hat. Für die Stelle, die öffentlich ausgeschrieben wird, ist ein Minimalgehalt von 2000 Mark jährlich bewilligt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Vom Blitz getödtet wurde im königlichen Forst bei Herzogswalde (Schlesien) der Arbeiter Franz Wurm; sechs andere Arbeiter wurden schwer betäubt und an Kopf, Rücken und Hüften durch Brandwunden erheblich verletzt. — Wegen wiederholter Sittlichkeitsverbrechen verurtheilte die Strafkammer in Olag den Volksschullehrer Alfred Hamig, 25 Jahre alt, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Er war in Briesnig bei Wartha thätig. 15 Schulmädchen im Alter bis zu 14 Jahren waren Zeugen. — In Helmstedt im Herzogthum Braunschweig erschöß der 79jährige ehemalige Bahnarbeiter Doersmann seine 77jährige Frau und dann sich selbst, anscheinend wegen Altersschwäche und Kränklichkeit. — In Neetze bei Lüchow (Dannover) tödtete Donnerstag Vormittag der Hofbesitzer Eggers seine vier Jahre alte Tochter, indem er mit einem Taschenmesser den Hals des Kindes durchschnitt, und brachte sich darauf selbst mehrere nicht lebensgefährliche Wunden am Hals bei. Das schreckliche Verbrechen wurde erst Nachmittags 1 Uhr, als die ältere Schwester der Ermordeten aus der Schule heimkehrte, entdeckt. Eggers wurde, nachdem ihm ein Verband angelegt war, in das Gerichtsgefängnis in Lüchow abgeführt. Wie mitgetheilt wird, hatte Eggers, der Vater von sieben Kindern ist, vor acht Wochen seine Frau durch den Tod verloren; war er schon früher dem Traute ergeben, so verlor er jetzt jeden Halt, er verabschiedete die Pferde und alle Wirtschaftsgegenstände. Er hatte auch bereits seinen Hof, der auf 21 000 Mk. geschätzt wird, für 12 000 Mk. verkauft und die darauf erhaltenen 500 Mk. zum Theil durchgebracht, als seine Verwandten in vorletzter Woche seine Entmündigung beantragten und der Verkauf des Hofes rückgängig gemacht wurde. Von den fünf im schulpflichtigen Alter befindlichen Kindern wurden dann vor einigen Tagen drei in befreundeten Familien untergebracht; zu Hause blieben nur ein 13 jähriges und das ermordete 4 jährige Mädchen. Dieses hing sehr an dem Vater, ebenso hielt Eggers viel von dem kleinen Kinde. Schon vor einigen Tagen äußerte er: „Wenn ihm dieses Kind genommen werde, dann werde etwas passieren.“ Am Sonntag sollten auch die ihm noch verbliebenen Kinder anderweitig untergebracht werden, aber der Ausführung dieses Vorhabens ist der hochgradig erregte Mann in der geschicktesten schrecklichen Weise zuvor gekommen. — Der Polizeiwachmeister August Werner aus Fierloh wurde von der hiesigen Strafkammer wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in 331 Fällen und einem nichtamtlichen Falle im Gesamtbetrage von 1147,50 Mk. zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten verurtheilt, wozu 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden. Von der unterschlagenen Summe waren 1028 Mk. Polizeipräsidenten und 119,50 Mk. Erlöse von Polizeiverordnungen in Buchform, die die Polizeiverwaltung durch die Beamten an die Bürger verkaufen ließ. — Das oberbayerische Schwurgericht in München verurtheilte die Köhlerin Frau Eise Kammerer in Ameron, die ihrem Mann durch fortgesetzte Gaben von Kartengeld nach dem Leben trachtete, um ihren Liebhaber heirathen zu können, zu 1. Jahren Zuchthaus. — Der

Landwirth Johann Hagler in Seibertsdorf, der seinen Vater, als dieser ihn mit der Axt bedrohte, in der Nothwehr erschlugen hat, wurde von den Geschworenen in Amberg freigesprochen. — Der verantwortliche Redakteur der „Garde“ in Paris, Gouzal, hat sich erschossen, weil er in Folge eines gegen sein Blatt angeführten Ehrenbeleidigungsprozesses zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt worden war. — Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung in England und Wales betrug 32 525 716 Seelen, gegen 1891 mehr 3 523 191. — Der Internationale Sanitätsrath erklärte Konstantinopel für pestfrei. Auf wie lange? — Dem Lande der Yankees war es vorbehalten, auch den Reford der Geschwindigkeit im Rechtsverfahren zu erreichen. Ein Italiener, Antonio Triola, stand vor den New-Yorker Geschworenen unter der Anklage des Mordes an der kleinen Mamie Ciolla, die in einem Kindertheater mimte. Die einzige Zeugin war die Mutter der Kleinen, durch deren Aussage der Mörder überführt wurde. Das Urtheil lautete auf Tod durch den elektrischen Strom. Das ganze Gerichtsverfahren hatte fünfzehn Minuten in Anspruch genommen. Schneller macht es Richter Lynch auch nicht.

Ist ein Galgen ein öffentliches Denkmal und ein Gegenstand der Wissenschaft? Ueber diese Frage hat jüngst die Giesener Strafkammer entschieden. Zwei Arbeiter waren angeklagt, im vorigen Jahre auf der Rixfelder Höhe einen alten Galgen umgeworfen zu haben. Die Staatsanwaltschaft bezeichnete den Galgen als öffentliches Denkmal und Gegenstand der Wissenschaft, durch dessen Beschädigung Strafe nach § 304 St.-G.-B. verwirkt sei. Das Gericht trat der Auffassung der Verteidigung bei, wonach ein Galgen als öffentliches Denkmal nicht zu betrachten sei, und erkannte wegen einfacher Sachbeschädigung auf 10 Mk. Geldstrafe.

Die Geheimnisse eines Pfarrhauses. Ein Justizfall, der den aufregendsten Kriminalromanen an Spannung nichts nachgibt, beschäftigt gegenwärtig die französische Oeffentlichkeit und füllt die Spalten der französischen Blätter. Augenblicklich handelt es sich wieder einmal um einen jener Fälle, die von Zeit zu Zeit auftauchend, die Tollheit und Abscheulichkeit der Todesstrafe auf das sinnfälligste beweisen. Am 31. August 1894 hat der Kaplan der Pfarre von Entrammes, unweit von Nantes, Abbe Bruneau, als Mörder eines Pfarrers, des Abbe Fricot, das Schaffot bestiegen. Am 3. Januar desselben Jahres wurde der Pfarrer von Entrammes vermißt. Am anderen Tage fand man seinen Leichnam in einem Ziehbrunnen des Pfarrgartens. Der Umstand, daß der Leichnam mit drüber geworfenen Holzschichten bedeckt war, schloß die Möglichkeit eines Selbstmordes aus. Die Volksstimme bezeichnete den Abbe Bruneau, der ein liebreicher und ausweichender Mensch war, als den Thäter. Die Ergebnisse der Untersuchung schienen den Verdacht zu bestätigen. Man fand Blutspuren auf den Tritten der Orgel. Die Summe von 1500 Franken, die mit dem Morde aus dem Besitze des Pfarrers verschwunden war, fand sich beim Kaplan vor, ohne daß er über ihren ehrlichen Erwerb eine beruhigende Auskunft hätte geben können. Als sich nun gar durch die Aussage einer Ordensschwester ergab, daß Bruneau gewußt hatte, wo sich der Leichnam befand, noch ehe er aufgefunden war, schien die Kette des Indizienbeweises geschlossen. Man klagte den Kaplan an und beschuldigte ihn überdies schon zuvor mehrerer Gelddiebstähle im Pfarrhause und einen Mord an einer Blumenmacherin begangen zu haben. Bei der Verhandlung fielen die belastenden Aussagen der Pfarrersköchin Jeanette schwer ins Gewicht. Ihr Zeugniß schien von der Annahme auszugehen, daß Niemand anders als der Kaplan der Mörder gewesen sein könne, und sie bestätigte diese Annahme durch vielfache Wahrnehmungen, die sie gemacht haben wollte. So wurde dem das Schuldig über ihn ausgesprochen. Der Kaplan verhartete bis zu seiner Hinrichtung bei den entschiedensten Behauptungen seiner Unschuld. In einem hinterlassenen Briefe erklärte der Kaplan sich nochmals für unschuldig. Sein letzter Wunsch, dieser Brief möge veröffentlicht werden, wurde nicht erfüllt mit der Begründung, daß er beleidigende Bemerkungen über einzelne Zeugen enthalte. Jene Jeanette, die die entscheidenden Aussagen gegen den Kaplan abgelegt hatte, ist jüngst gestorben. Vor ihrem Tode gestand sie, die That selbst in Gesellschaft mit einer anderen Person begangen zu haben. Sie habe durch sofortige Beichte bei dem Kaplan Bruneau sich dessen Sittschwächen geistert. Der Fall ist freilich damit noch nicht aufgelöst. Es bleibt fraglich, ob der Kaplan Bruneau, wenn er sich wirklich völlig schuldlos fühlte, das Verbrechen der Mörderin, die gegen ihn ausgesagt hatte,

auch angeklagt des Fallbeiles bewahrt hätte. Es ist nachgewiesen, daß Bruneau von der priesterlichen Pflicht der Keuschheit eine minder strenge Auffassung hatte. Kann man ihm einen so heldenhaften Fanatismus, der aus übermenschlicher Reicht, zutrauen? Von ihm selbst kann man darüber keine Antwort mehr hören; die „Gerechtigkeit“ hat ja ihr Werk gethan. Nach neueren Nachrichten soll übrigens die alte Jeanette — noch leben, und die Nachricht von ihrem Geständniß sollte demnach nur ein klerikales Manöver sein, das den geistlichen Mörder entlasten soll. Nach einer dritten Version soll Abbe Fricot thatsächlich Selbstmord verübt haben. Ob die Sache jemals ganz aufgeklärt werden wird, steht noch dahin. Vielleicht bringt die Veröffentlichung des letzten an den Generalprokurator gerichteten Briefes Bruneaus, die von der Presse ungestüm gefordert wird, einiges Licht in diesen dunklen Fall. Wie immer — schon die Möglichkeit, daß der Hingerichtete unschuldig gewesen sei, ist ein überwältigendes Argument gegen die Todesstrafe.

Literarisches.

Selden der Menschheit.*) Die alte Anschauung, die noch von einem Hauke und mehr noch von einem Treitschke vertreten wurde, daß die großen Männer es sind, welche die Geschichte machen, darf wohl als völlig zurückgedrängt von der modernen Anschauung betrachtet werden, welche in der Geschichte wesentlich den Kampf politisch-wirtschaftlicher von Klassen und Massen getragenen Gegensätze sieht. Unüberbrückbar erscheint auf den ersten Blick der Widerspruch zwischen dem „Herosenkultus“, wie ihn am schärfsten und zugleich am schönsten der große Engländer Carlyle vertritt, und dem sogenannten „historischen Materialismus“, besser der materialistisch-ökonomischen Geschichtsauffassung eines Karl Marx und Friedrich Engels, die allmählig auch in die Historiographie der offiziellen deutschen Universitätsgelehrsamkeit hindurchzudringen beginnt! Und doch lassen sich beide Anschauungen vereinigen. Die entscheidende Betonung der Ansicht, daß die Geschichte im Wesentlichen das Spiel ökonomischer Massenkräfte ist, braucht uns nicht blind gegen die hervorragende Bedeutung der großen Männer machen. Im Gegentheil, der ihnen fälschlich zugeschriebenen Rolle entkleidet, die Macher der Geschichte zu sein, werden die Heroen der Menschheit als die großen Führer, Förderer, Anreger, Pfadfinder und Bahnbrecher um so höher in unserer Werthschätzung steigen.

Nicht gemacht wird die Geschichte der Menschheit von den Helden, aber die Geschichte spiegelt sich in den Helden der Menschheit wieder und es ist eine altbekannte Thatsache, daß die Geschichtserzählung in Form der Lebensbeschreibung dem Leserkreise weitans die liebste und angenehmste ist.

So hat denn der „Verlag Aufklärung“ in Berlin den Versuch unternommen, in der Form von Biographien von etwa 50 „Helden der Menschheit“ dem deutschen Volke, insbesondere aber den emporstrebenden Massen desselben, eine populäre Weltgeschichte zu bieten, die ebensoweit entfernt ist von jeder Langweiligkeit wie von unwissenschaftlicher Oberflächlichkeit, von farblosler Gesinnungsschwäche wie auch von aufdringlicher Tendenzmacherei: In zwangloser Folge werden den Lesern die hervorragendsten Persönlichkeiten aus allen Gebieten menschlicher Thätigkeit, aus allen Jahrhunderten historischen Daseins vorgeführt, Gelehrte und Künstler, Feldherren und Staatsmänner, Religionsstifter und Volkstribunen. Auf dem knappestem Raume wird mit anziehendster Lebendigkeit das Leben eines jeden Helden geschildert, und zwar in der Weise, daß nicht nur er den Augen und Herzen der Leser näher gerückt wird, sondern daß auch die Zeit, in der er lebte und wirkte, in ihm sich wieder erspiegelt, daß in jedem dieser Helden eine große Geistesströmung der Menschheit zum Ausdruck gebracht wird.

Das Werk wird in ca. 50 Lieferungen erscheinen. Der Preis — 20 Pf. für jede Lieferung durchschnittlich — ist so niedrig bemessen, daß er auch dem mit irdischen Gütern sehr wenig Begabten die Anschaffung des Werkes ermöglicht. So dürften wir mit gutem Gewissen unseren Lesern die „Helden der Menschheit“ empfehlen. Es ist nur zu wünschen, daß das Werk in allen bildungsreichen Kreisen unseres Volkes Eingang finde.

* Helden der Menschheit. Lebensbeschreibungen der hervorragendsten Persönlichkeiten aller Zeiten und Zonen. Ein Lesewerk mit Portraits und Illustrationen. Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf. Berlin W. 35., Verlag Aufklärung.

saßen, von Hochrufen halb beiräut, eilte er durch die Reihen dahin und athmete tief auf, als er das schwebende Haus erreichte.

Dort trat ihm Berger entgegen, der seiner voll Ungehalt geblüht. „Nun rath ich in den Tod!“ rief er, „in zehn Minuten ist der Fackelzug hier.“ Sendlingen hatte seine Toilette kaum beendet, als wirklich schon der Klang der Musik, die Kunde der Menge das Nahen des Zuges verkündete. Er mußte dem Drängen des Fremdes nachgeben und auf den Balkon treten. Nun schimmerte es roth vom Flusse her; wie eine riesige Feuerzunge wand sich der Zug durch die Menge heran. Er hielt vor dem Hause, die Fackelträger formirten sich in der breiten Straße. Unablässig, eadlos, wie das Rauschen wilder Wogen, erschollen dazwischen die Hochrufe.

Berger's Augen glänzten. „Das ist doch ein Augenblick, wie ihn wenige Menschen erleben dürfen“, sagte er. „Erlebe dies und freue dich daran! Wer sich solche Liebe erwerben, ist trotz alledem und alledem ein Glücklicher dieser Erde!“

Dann zehnten sie zum Bankett im Rathhause. Der Saal war überfüllt und alle Theilnehmer saßen dahin überein, daß dies die glänzendste Besonnenfeier sei, die sich je hier zusammengefaßt. „Er verbiest's aber auch!“ hieß es. „Das hat dieser Mann in den letzten Wochen um seiner Liebeszusage willen gethan! Man sieht es ihm auch deutlich an — diese Augen haben keine Kraft auf Jahre hinaus gebracht.“ Darum verbiest man es ihm auch nicht, als er sich in seiner Beantwortung der beiden Tische, welche der Bürgermeister auf den jüngsten Ehrenbürger der Stadt, der Präsident des Festkommens auf den „Hort des Rechts“ ausgebracht, so kurz faßte. Er dankte für die überhöhte Ehre, versicherte, daß ihm diese Freundschaft für das übrige Leben bleiben werde, kurz, er sagte nur

eben das Selbstverständliche, ohne in Form und Gedanken jenen Erwartungen zu entsprechen, welche man an diese Rede geknüpft. Dennoch brach, nachdem er geschlossen, der Beifall wieder los, und derselbe donnernde Applaus geleitete ihn auch, als er, schon gegen elf Uhr, den Saal verließ.

Berger und Dernegg gaben ihm das Geleite zum Hotel, dann zum Bahnhof. Schon war das erste Signal zum Postzug gegeben, als sie anlangten; sie konnten sich nur hastig verabschieden. Stumm, mit leuchtenden Augen drückte Sendlingen den Freund ans Herz, ehe er den Wagen bestieg, Franz nahm in demselben Wagen, in einem Coupee zweiter Klasse seinen Platz. Beide winkten noch aus dem Fenster, nachdem sich der Zug in Bewegung gesetzt hatte und nun immer rascher in die nächtliche Nacht hineinglitt.

Es war am nächsten Morgen gegen neun Uhr, und der Anwalt hatte sich eben erst an seinen Schreibtisch gesetzt, als plötzlich an seine Thür geklopft wurde und ein Kanzlist des Landesgerichts hereintrat. „Herr Doktor“, rief er athemlos hervor. „Der Herr Präsident von Berner läßt Sie dringend bitten, sofort zu ihm zu kommen. Die Victorine Appert ist heute Nacht aus dem Gefängnis entwichen!“

Berger wurde todtenbleich. „Entwichen...“ „Über entführt werden!“ rief der Kanzlist fort. „Der Herr Präsident hofft durch Sie irgend eine Andeutung darüber zu erhalten, wer sich etwa für die Person interessiert hat.“

„Es ist gut“, murmelte der Anwalt. „Ich weiß zwar sehr wenig darüber, aber ich werde sogleich kommen.“

Der Kanzlist ging; Berger saß noch lange an seinem Tische und starrte vor sich hin; sein Haupt war schwer auf

die Brust gesunken. „Der Unselige!“ dachte er. „Nun verstehe ich Alles!“

Nun verstand er Alles: warum Sendlingen so lange mit der Reise nach Wien gezögert, warum er Franz und Brigitta ins Vertrauen gezogen, warum er die beiden letzten im Hotel zugebracht, wo er und der Diener ungeführt die Vorbereitungen treffen konnten, und daß er zu seiner Abreise den Postzug gewählt, der an jeder Station anhielt. Die nächste war von B. zu Schlitten kaum eine halbe Stunde entfernt. „Dort haben die Weiden den Zug verlassen“, dachte er, „sind in einem Schlitten, der ihrer harret, hierher zurückgeilt, haben die Gefangene befreit und sind mit ihr weiter geeilt, vielleicht zur nächsten Station, wo der Zug anhält, vielleicht in entgegengesetzter Richtung auf der Route nach P... In diesem Augenblicke reißt sie vielleicht unter der Obhut des Alten dem Ausland zu, wo Brigitta ihrer harret, irgendwo in Frankreich, England oder Italien, während er nach Wien eilt, um die Besprechung mit dem Justizminister nicht zu versäumen.“

„Anerkenn!“ knirschte er. Und wahrlich! derlei hatte die Welt noch nicht gesehen: ein solches Verbrechen von einem solchen Manne begangen, und an demselben Tage, da ihm seine Mitbürger als „Hort des Rechts“ gefeiert... Und dies blieb er nun auch für alle Zeit und in aller Welt Augen, es war undenkbar, daß sich auch nur der allerleiseste Verdacht gegen ihn lehrte; er ging nach P. und fuhr fort, über Anderer Vergehen zu richten... Heiß überließ es den ehrlichen Mann, es litt ihn nicht auf seinem Sitze, er begann erregt auf und nieder zu gehen. Eine tief schmerzliche Enttäuschung erfüllte seine Seele, das Heiligste auf Erden war geschändet, das Recht, und von jenem Manne, den er unter allen Menschen am meisten geliebt und geehrt.

(Fortsetzung folgt.)